

Klare Fronten : Parlamentswahlen (1) ; Abstimmungsverhalten unter der Lupe

Autor(en): **Liechti, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **86 (2011)**

Heft 9

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-247665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Parlamentswahlen (1): Abstimmungsverhalten unter der Lupe

Klare Fronten

In der Theorie setzt sich so manche Partei für eine ausreichende Wohnungsversorgung ein. Doch wie steht es, wenn es um konkrete Fördermassnahmen für den gemeinnützigen Wohnungsbau geht?

Wohnen hat das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier unter die Lupe genommen.

Von Richard Liechti

Links und rechts auf der politischen Bühne herrschen klare Verhältnisse: Die einen verlangen, dass der Staat eingreift, um die Wohnungsversorgung für alle Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Die andern lehnen staatliche Eingriffe aus grundsätzlichen Überlegungen ab und meinen, der freie Markt werde es schon richten. Doch

wo stehen die Mitteparteien, die Grünen und nicht zuletzt die neuen politischen Kräfte, die BDP und die Grünliberalen, die nach allen Voraussagen bei den nächsten Wahlen zulegen werden? Untersuchen wollen wir dies an einer Vorlage, die, obwohl recht harmlos, der Rechten Gelegenheit zur Fundamentalopposition gegen den ge-

Neue ZHAW-Studie

Wohnungen noch lange knapp

Im Auftrag der SPS-Fraktion der Bundesversammlung hat die Fachstelle für Wirtschaftspolitik der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) untersucht, wie sich der Wohnungsmarkt in den kommenden zwanzig Jahren entwickeln wird. Zum einen geht die Studie von einem Bevölkerungswachstum von elf Prozent in den nächsten zwanzig Jahren (mittleres Bevölkerungsszenario des Bundesamts für Statistik), einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent jährlich sowie einer Fortschreibung der Wohnungsproduktion der letzten Jahre aus. Bei einer solchen Konstellation würde im Zeitraum 2020 bis 2030 eine Entspannung bei der Wohnungsversorgung sichtbar – allerdings nur in Gebieten ausserhalb der wirtschaftli-

chen Boomzonen. In den Wachstumsregionen werde die Wohnungsknappheit dagegen weiter zunehmen. Sehr angespannt bleibe die Lage namentlich im Bassin lémanique, aber auch in den Städten Basel, Zürich und Bern. Sollte die Bevölkerung stärker wachsen – dies ein weiteres Szenario –, würde sich die Wohnungsknappheit in den kommenden zwei Jahrzehnten im ganzen Land dramatisch verschärfen.

Das Gleiche gilt, wenn der Verbrauch an Wohnfläche pro Kopf weiterhin ansteigt: Schon ein Zuwachs von drei Prozent im Zeitraum 2010 bis 2030 würde die sich abzeichnende nationale Entspannung vollständig wegkompensieren. Ein weiteres Augenmerk der Studie gilt der Rolle der Personenfreizügigkeit. Sie hält denn auch fest, dass die Einwanderung aus der EU in der Dekade 2000 bis 2010 die Nachfrage stark erhöht habe. Beim «normalen» Wachstumsszenario werde jedoch die Tendenz zur Single-Gesellschaft die Wohnungsnachfrage weit stärker prägen. Aus

diesem Grund wachse die Zahl der Haushalte und damit die Nachfrage nach Wohnungen nämlich auch bei einer konstanten Bevölkerung.

Die Forscher stellen fest, dass die Marktkräfte in den Problemregionen zwar auf die Wohnungsknappheit reagieren und die Bautätigkeit stark zugenommen hat. Allerdings führten private Projekte in erster Linie zu Wohnraum in den mittleren und oberen Preissegmenten. Um eine weitere Verknappung an bezahlbarem Wohnraum aufzuhalten, braucht es gemäss Studie eine ganze Palette von Massnahmen. Vom Markt nicht bereitgestellte Angebote für Personen mit geringen Einkommen habe die öffentliche Hand sicherzustellen, entweder durch eigene Bautätigkeit oder durch Mandatierung und Unterstützung geeigneter gemeinnütziger Träger.

Die Studie «Aktuelle Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt» kann heruntergeladen werden auf www.zhaw.ch (Forschung – Studien).

meinnützigen Wohnungsbau gab. Im vergangenen Jahr stellte der Bundesrat dem Parlament nämlich den Antrag, einen neuen Rahmenkredit für Eventualkredite zu sprechen, mit denen der Bund die Anleihen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) verbürgt. Dank dieser Verbürgung besitzen die EGW-Anleihen eine grössere Bonität und damit Zinsvorteile, von denen die gemeinnützigen Bauträger profitieren.

Bundesrat steht hinter Gemeinnützigen

In seiner Botschaft zu diesem Geschäft stellt sich der Bundesrat hinter die gemeinnützigen Wohnbauträger: Von den markanten Preis- und Mietzinssteigerungen seien nicht nur die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsgruppen betroffen, sondern auch Angehörige des Mittelstands. Wörtlich ist zu lesen: «In dieser Situation wirkt der gemeinnützige Wohnungsbau dank seiner Orientierung an der Kostenmiete als unverzichtbare Ergänzung zu den renditeorientierten Wohnrauminvestitionen, die sich in jüngerer Zeit vor allem auf den Wohneigentumssektor und das gehobene Mietwohnungssegment konzentrieren.»

Trotzdem stellte eine bürgerliche Kommissionsminderheit im Nationalrat einen Antrag auf Nichteintreten. Mit guten Chancen: Denn das Geschäft unterstand der so genannten Ausgabenbremse, die ein quantifiziertes Mehr verlangt, nämlich die Mehrheit aller Ratsmitglieder (und nicht nur die Mehrheit der Abstimmenden wie beim absoluten Mehr). Sollte das Geschäft also durchkommen, mussten am Verhandlungstag, dem 13. Dezember 2010, mindestens 101 Befürwortende im Saal anwesend sein. Dass dies gelang, nämlich mit 109 zu 64 Stimmen, ist nicht zuletzt der Lobbyarbeit der Wohnbaugenossenschaften über den gemeinsamen Wohnbund zu verdanken.

Präsenz wichtig

In der Debatte warben insbesondere Hildgard Fässler (sp.), Dominique de Buman (cvp.) und Louis Schelbert (gps.) für die Vorlage, während Philippe Müller (fdp.) und Hans Kaufmann (svp.) die ablehnende Haltung begründeten. Bei den Fraktionen der SP und der Grünen stimmten denn auch alle Mitglieder zu, wobei sich die Grünen durch besondere Disziplin auszeichneten: Bei allen drei Abstimmungen in dieser Sache (Eintreten/Schuldenbremse/Gesamtvorlage) waren ihre Mitglieder vollzählig anwesend. Zu den Befürwortern gehörte weiter die Fraktion von CVP/EVP/GLP – allerdings mit drei Enthaltungen und einem Nein: GLP-Präsident Martin Bäumle stimmte zweimal nein und enthielt sich bei der Schuldenbremse der Stimme. Bei der BDP

viotierten bei der wichtigen Frage der Schuldenbremse zwar alle fünf Mitglieder mit ja, bei der Gesamtvorlage scherte allerdings einer aus.

Einigkeit herrschte bei der SVP, die unisono dagegen war (wobei – trotz sprichwörtlicher Parteidisziplin – längst nicht alle am Platz waren). Geteilter Meinung war man bei der FDP und den Liberalen, wo bei der Schuldenbremse eine Mehrheit dafür (15:12), bei der Abstimmung über die Gesamtvorlage eine Mehrheit dagegen votierte (12:15). Mit zweimal sechs und einmal gar acht Abwesenden im Saal scheint sich in dieser Fraktion das Interesse an der Vorlage stark in Grenzen gehalten zu haben. – Der Ständerat, der sich im März 2011 als Zweirat mit der Vorlage auseinandersetzte, folgte dem Bundesrat: Er beschloss ohne Gegenantrag auf die Vorlage einzutreten und verabschiedete diese ohne Debatte einstimmig mit 36 zu 0 Stimmen.

Breites Feld der Befürworter

Eine andere Vorlage bestätigt dieses Bild: Am 9. März 2009 hatte der Nationalrat über die Motion von Hans Rutschmann (svp.) zu befinden, die nicht weniger als den Verzicht auf die Wohnbauförderung des Bundes forderte – ein Ansinnen, das mit 120 Nein-gegen 67 Ja-Stimmen eine klare Abfuhr erhielt. Während die SVP zu hundert Prozent hinter der Abschaffung stand (damals noch mit maximaler Präsenzdisziplin), mochten sich nur sieben der 32 abstimmenden FDP-Nationalrätinnen und -räte für die radikale Forderung zu erwärmen. Dass darunter der nachmalige Bundesrat Schneider-Ammann war, sei nur am Rand erwähnt. Einstimmig für den gemeinnützigen Wohnungsbau sprachen sich damals wie heute SP und Grüne aus, während bei der CVP/EVP/GLP zwei Mitglieder ausscherten – darunter schon damals der GLP-Präsident. Gegen die Abschaffung wandte sich (bei einer Enthaltung) auch die BDP.

Fazit: Wer bei den Parlamentswahlen die gemeinnützigen Wohnbauträger stärken will, dem stehen grüne, linke und Mitteparteien zur Auswahl. Während sich die SVP geschlossen gegen jegliche Fördermassnahmen wendet, gibt es bei der FDP Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die den Nutzen der baugenossenschaftlichen Tätigkeit erkannt haben. Wo die Neulinge stehen, ist nicht ganz klar: Bei den Grünliberalen schiebt der Präsident in sozialen Fragen offenbar nach rechts, während sich die BDP als Stimme der Vernunft zu etablieren versucht. Wie viel echtes Engagement für die Wohnungsversorgung dahintersteckt – und nicht doch eher der Wille, sich von der jeweiligen Stamm Partei zu unterscheiden –, wird sich im Politalltag weisen. ☺

Liebe Leserin, lieber Leser

Weil der gemeinnützige Wohnungsbau wichtig ist für die Schweiz, erfährt er Unterstützung von staatlicher Seite. Artikel 108 der Bundesverfassung und das



«Bundesgesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum» sehen dies vor. Alles gut also? Nein, die Sache ist nicht so einfach. Politische Erfolge müssen erkämpft, Errungenschaften immer wieder verteidigt werden. Drei Beispiele:

- Hans Rutschmann (svp., ZH) wollte mit einer Motion das Bundesamt für Wohnungswesen abschaffen und die Wohnraumförderung des Bundes aufheben. Im Nationalrat wurde der Vorstoss 2009 abgelehnt, aber seine Partei hatte geschlossen und unterstützt von weiteren Ratsmitgliedern dafür gestimmt.
- Im Dezember 2010 ging es um eine Bürgerschaft der EGW, die den Bund keinen Franken kostet (siehe nebenstehenden Beitrag). Die Vorlage unterstand der «Schuldenbremse». Diese verlangt ein qualifiziertes Mehr von 101 Stimmen, andernfalls fliesst kein Geld. Um acht Stimmen wurde dieses Minimum im Nationalrat übertroffen. Vorausgegangen war dem Erfolg intensive Überzeugungsarbeit unter der Führung des Wohnbunds.
- Auch Darlehen des Fonds de Roulement helfen Baugenossenschaften, Projekte zu realisieren. Die Kredite zur weiteren Äufnung des Fonds müssen jährlich mit dem Voranschlag des Bundes bewilligt werden, sonst gibt es nichts. Das ist nicht nur ein Gedankenspiel: Während mehrerer Jahre erhielt der Fonds kein Bundesgeld. Erst 2009, als Massnahme gegen die Krise, wurde er als stabilisierendes Instrument wieder entdeckt und neu lanciert.

Es ist so: Das Parlament entscheidet, ob und wie stark die Wohnbaupolitik gestärkt wird. Seine Zusammensetzung ist für uns Gemeinnützige deshalb von hervorragender Bedeutung. Am 23. Oktober sind Wahlen. Wir können nicht blind darauf vertrauen, dass es gut kommt. Ich bitte Sie deshalb: Machen Sie mit! Wählen Sie Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, die für den gemeinnützigen Wohnungsbau eintreten. Die Lektüre des nebenstehenden Beitrags sowie der nachfolgenden Parteienumfrage kann Ihnen dabei helfen.

Louis Schelbert, Präsident SWW/Nationalrat Grüne, Luzern